

RÜCKSCHAU GROSSRATSWAHLEN

Drittbestes Resultat, zwei Sitzverluste

«Der Bund» schrieb im Bericht zu den Grossratswahlen: «Die EVP verlor nur marginal an Stimmen, aber gleich zwei ihrer bisherigen 12 Sitze.» Dies die treffende Zusammenfassung des Wahlergebnisses.

Vor vier Jahren zitterte die EVP vor den Wahlen um vier von zehn Sitzen. Mit gezielten Werbeaktionen gelang es damals, diese zu halten und sogar zwei

Sitze zuzulegen. Diesmal verlief die Wahl leider in die umgekehrte Richtung: Von wiederum vier «Wackelsitzen» musste die EVP zwei abgeben. Sowohl im Seeland wie auch im Mittelland-Nord verlor die Listenverbindung je einen Sitz – in beiden Wahlkreisen zulasten der EVP. Bedauerlicherweise ist es der EVP bei der erwarteten tiefen Wahlbeteiligung nicht gelungen, ihre Wählenden überdurchschnittlich von der Notwendigkeit des Wählens zu überzeugen. Die linke Anti-Schnegg-Kampagne gegen die bürgerliche Mehrheit scheint die einzige Methode gewesen zu sein, um ein paar zusätzli-

che Wählende an die Urne zu locken. Zudem zeigt sich der bei nationalen Wahlen seit langem spürbare Trend zu den Bundesratsparteien nun möglicherweise auch bei den kantonalen Wahlen. In allen neun Wahlkreisen einen Sitz plus im besten Fall zwei, drei zusätzliche Sitze ist realistischerweise das, was die EVP mittelfristig anstreben und erwarten kann. In keinem Wahlkreis ist ohne optimale Listenverbindung ein zweiter EVP-Sitz aus eigener Kraft möglich. Ganz herzlichen Dank allen, die dran bleiben und weiterhin motiviert mithelfen, im Kanton Bern für mehr Gerechtigkeit und

Region	2018	2014	2010
Bern Stadt	3,23	3,76	3,30
Biel/Seeland	5,35	5,44	4,56
Emmental	6,18	7,03	7,23
Jura bernois	4,42	3,96	5,30
Mittelland-Nord	6,66	7,31	6,74
Mittelland-Süd	7,33	7,14	6,36
Oberaargau	6,34	7,38	7,93
Oberland	6,63	5,93	4,75
Thun	9,23	9,57	7,73
Total BE	6,17	6,44	5,90

RETROSPECTIVE DES ELECTIONS DU GRAND CONSEIL

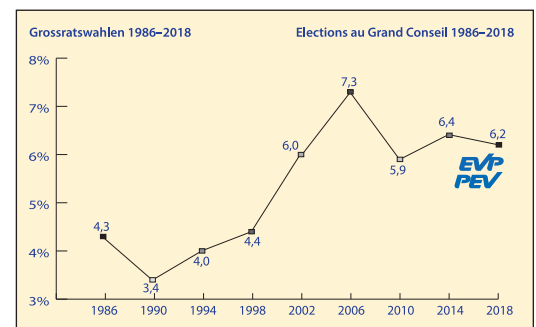
Troisième meilleur résultat, deux sièges perdus

«Le PEV n'a perdu que peu de voix, mais doit cependant renoncer à 2 de ses 12 sièges». Voici la synthèse pertinente d'un compte rendu médiatique. Le siège de Tom Gerber dans le Jura bernois a pu être conservé.

Avant les élections d'il y a quatre ans, le PEV craignait de perdre quatre de ses dix sièges. Grâce à des actions promotionnelles ciblées, il avait pu les conserver et même en gagner deux supplémentaires. Malheureusement, cette fois les résultats ont été tout autres, puisque le PEV perd deux des quatre sièges qui étaient en danger. Dans le Seeland ainsi que dans le Mittelland-Nord, les apparentements de liste ont chacun perdu un siège et,

dans les deux cercles électoraux, aux dépens du PEV. Malheureusement, en raison de la faible participation électorale attendue, le PEV n'a pas réussi à convaincre la majorité de ses électeurs de la nécessité de voter. La campagne anti-Schnegg de la gauche pour les élections du Conseil-exécutif semble avoir été le seul moyen d'attirer des électeurs supplémentaires aux urnes. De plus, la tendance visible lors des élections natio-

nales à voter pour les partis gouvernementaux semble valoir également pour les élections cantonales. De manière réaliste, les meilleures perspectives à moyen terme pour le PEV sont un siège dans chaque cercle électoral, ainsi que, dans le meilleur des cas, deux à trois sièges supplémentaires. Sans bon apparemment de listes, un deuxième siège pour le PEV n'est, de manière réaliste, envisageable dans aucun cercle électoral.



Un grand merci à tous ceux qui restent fidèles et qui continuent à participer à une politique plus juste et plus humaine dans le Canton de Berne.

Ruedi Löffel, coordinateur chargé des élections PEV BE

Menschlichkeit in der Politik zu kämpfen!

Ruedi Löffel
Wahlkoordinator EVP BE

EDITORIAL

Glaube, Liebe, Hoffnung – dieses Fundament bleibt!

Eine magere Wahlbeteiligung, ein leichter Verlust beim Wählendenanteil auf 6,17%, zwei Sitzverluste im Grossen Rat und der Verlust des



Sitzes im Conseil du Jura bernois – dies ist die nüchterne und etwas ernüchternde Bilanz der EVP nach den kantonalen Wahlen. Sitze zu verlieren ist hart

und tut weh. Zwei geschätzte Kollegen aus der Grossratsfraktion verabschieden zu müssen, schmerzt besonders. Die Frage, warum es uns nicht gelang, unseren Wählendenanteil zu steigern oder mindestens zu halten, bewegt mich.

Dies ist die eine Seite der Bilanz. Auf der andern Seite steht die Beteiligung von 301 motivierten Kandidierenden auf 18 Listen in allen neun Wahlkreisen. Sie alle haben der EVP ein Gesicht gegeben, mit Karten, per Telefon, bei Standaktionen und auf Plakaten persönlich Werbung gemacht. Sie haben an Podien teilgenommen, unzählige Mails beantwortet, die Fragebogen der Wahlplattformen ausgefüllt und die sozialen Medien gelb-blau belebt. Ganz herzlichen Dank für dieses enorme Engagement! Hans Kipfer hat sich in einem sehr aufwändigen Wahlkampf als glaubwürdiger Mittekandidat für die Regierung präsentiert und ein achtbares Resultat erzielt. Auch ihm gehört ein riesiges Merci!

Die Mitarbeitenden auf dem EVP-Sekretariat haben für die Wahlen einen grossen Einsatz geleistet. Hunderte überzeugter EVP-Mitglieder und Freunde haben finanzielle Beiträge geleistet und kräftig geworben. Tausende Wählende haben der EVP mit ihrer Stimme das Vertrauen ausgesprochen. Unter dem Strich hat die EVP im Kanton Bern das drittbeste Resultat ihrer 99-jährigen Geschichte erreicht. Allen, die dazu beigetragen haben, danke ich von ganzem Herzen! Die Geschäftsleitung wird die Wahlresultate analysieren, Schlussfolgerungen daraus ziehen und eine konkrete Strategie für die nächsten vier Jahre entwickeln. Mit dem Fundament aus Glaube, Liebe und Hoffnung schauen wir getrost vorwärts und setzen uns weiterhin ein für ein Miteinander und Füreinander in der kantonalen Politik.

Christine Schnegg, Präsidentin EVP BE

RÜCKSCHAU REGIERUNGSRATSWAHLEN

EVP-Anliegen gut vermittelt

Unternehmer und EVP-Grossrat Hans Kipfer war als Regierungsratskandidat angetreten, um zu deblockieren und die Mitte zu stärken. Unter dem Motto «Unternehmerisch denken – sozial handeln» betonte er im Wahlkampf die Wichtigkeit von Eigenverantwortung und sozialverträglichem Handeln. Dank seiner Kandidatur wurden

diese und andere EVP-Anliegen von den Medien gut aufgenommen und unter die Wählenden gebracht.

Sein Wahlergebnis von 33 847 Stimmen zeigt, dass er weit über EVP-Kreise hinaus unterstützt wurde. Der grosse Abstand zu den Gewählten macht gleichzeitig klar, dass es für Kandidierende der Mitteparteien weiterhin

praktisch unmöglich ist, die Links-Rechts-Blöcke zu knacken.

Herzlichen Dank, lieber Hans, für dein grosses und wertvolles Engagement!

Ruedi Löffel, Wahlkoordinator EVP BE



Hans Kipfer

FRAUENNETZWERK EVP KANTON BERN

EVP-Frauen überdurchschnittlich

Frauen spielten schon früh eine wichtige Rolle in der EVP. So brachte die EVP Stadt Bern bei den Wahlen nach Einführung des Frauenstimmrechts (1971) zusätzlich zu den beiden Männern zwei Frauen in den Stadtrat und stellte wenige Jahre später mit Maria Schär die erste Stadtratspräsidentin. In der zu Ende gehenden wie in der neuen Legislatur politisieren innerhalb der EVP-Fraktion im Grossen Rat vier Frauen, was einem Frauenanteil von immerhin 33% bzw. 40% entspricht. Im März kandidierten 118 Frauen und 183 Männer für die EVP. Das heisst, bereits 39% der EVP-Kandidierenden waren weiblich. Verglichen mit den Kandidierenden aller Parteien, wo die Frauen



34,5% ausmachten, konnte die EVP überdurchschnittlich viele Frauen stellen. Und: Alle bis-

herigen EVP-Frauen konnten ihren Sitz verteidigen. In sieben von neun Wahlkreisen sicherten sich Frauen zudem den ersten Ersatzplatz (Tabea Bossard-Jenni, Renate Bolliger-Hauser, Christina Hiltbrunner und Margret von Bergen) oder den zweiten Ersatzplatz (Valérie Oppliger, Barbara Stotzer-Wyss, Bettina Jans-Troxler). Herzliche Gratulation!

Susanne Gutbrod-Kunkler

PS: Am 2. Juni 2018 findet in Olten die Frauentagung der EVP Schweiz statt. Thema: Gaben erkennen und einbringen. Neben Referaten und Workshops gibt es Zeit zum Austausch. Infos und Anmeldung: www.evppev.ch/Frauentagung

AKTUELL

Parolen zum 10. Juni 2018

 **Vollgeldinitiative NEIN**
Geldspielgesetz JA


Infos: www.evp-be.ch und
www.evppev.ch/abstimmungen

Radio Freundes-Dienst über DAB+
Jesus Christus erleben!
062 839 30 90
5023 Biberstein
Infos und Programm: radiofd.ch


HINE ADON
HOTEL APARTHOTEL
HINEADON.COM

 **SPITALSCHIFFE FÜR DIE ÄRMSTEN**
Sie können helfen!
www.mercyships.ch


Immobilienmakler Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

 **Gibt es bei Ihnen noch keine EVP?**
Interessiert?
Dann melden Sie sich bei Lukas Zimmermann-Oswald, Projektleiter Gemeindewahlen EVP BE, Tel. 076 462 15 40, lukas.zimmermann@evp-be.ch

Pro und kontra Vollgeldinitiative

Die EVP Schweiz und EVP Kanton Bern empfehlen die Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!» (Vollgeldinitiative) zur Ablehnung. Da aber eine doch beachtliche Minderheit der Delegierten Sympathien für die Vorlage hat, werden hier Gründe pro und kontra vorgestellt.

Pro: keine Geldschöpfung aus dem Nichts

Heute können Geschäftsbanken Buchgeld herstellen, indem sie Kredite vergeben. Dieses elektronische Buchgeld macht inzwischen 90% der Geldmenge aus. Es entsteht durch ein Schuldverhältnis und stellt ein Versprechen der Bank auf Auszahlung von Bargeld dar. Dieses Versprechen kann eine Geschäftsbank im Krisenfall (Bank-Run) nicht mehr einlösen. Die Finanzkrise von 2008 hat gezeigt, dass viele Banken in ihrem Streben nach Profitmaximierung leider verantwortungslos handeln. Viele Banken sind so systemrelevant, dass sie im Krisenfall vom Staat gerettet werden müssen, denn der Kollaps einer grossen Bank könnte das Finanzsystem in den Abgrund reissen.

Die Vollgeld-Initiative will drei wichtige Missstände korrigieren:

1. Geschäftsbanken dürften nicht mehr wie bisher Buchgeld aus dem Nichts herstellen. Sie könnten nur verleihen, was ihnen von Sparern anvertraut oder von der Nationalbank ausgeliehen wurde.
2. Das Alltagskonto von Bürgern und Unternehmen müssten Banken ausserhalb ihrer Bilanz führen. Dadurch wird die «Too-Big-To-Fail-Problematik» elegant gelöst. Gesunde marktwirtschaftliche Prinzipien wären wiederhergestellt, denn auch grössere Geschäftsbanken dürften in



Melanie Beutler

Konkurs gehen.

3. Da die Schweizerische Nationalbank 100% der Geldmenge in Umlauf bringen würde, könnte der Gewinn der Geldschöpfung (Seigniorage) der Allgemeinheit zugute kommen.

Melanie Beutler, Grossrätin

Kontra: weltweit einmaliges Experiment

Die Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!» will, dass künftig nur die Nationalbank Münzen, Banknoten und auch Buchgeld ausgeben darf. Das sogenannte Buchgeld, welches die Geschäftsbanken heute durch Kreditvergabe fortlaufend schaffen, birgt aus Sicht der Initianten die Gefahr neuer Geldblasen und Banken Krisen. Denn dieses Geld existiere nur in den Buchhaltungen, erweitere jedoch die im Umlauf befindliche Geldmenge. Das Unbehagen der Initianten vor solchen Finanzkrisen ist verständlich. Bei dem vorgeschlagenen

Weg handelt es sich jedoch um ein weltweit einmaliges Experiment mit völlig ungewissem Ausgang.

Wird der Schweizer Franken durch das neue System tatsächlich als noch sicherer eingeschätzt, erzeugt dies einen enormen Aufwertungsdruck. Das Einkaufen im Ausland wird noch billiger, aber Produktionsbetriebe und der Tourismus in der Schweiz haben das Nachsehen. Die Sicherheit wird jedoch nur eine Täuschung sein. Die enormen Schulden vieler Staaten sind eine globale Last, und die sogenannte «alles Blase» (die allgemeine Überbewertung von Immobilien und Wertschriften) wird beim Platzen auch die Schweiz erschüttern. Wir verdienen jeden zweiten Franken im oder mit dem Ausland. Den regulierten Finanzplatz mit einer geringen Staatsverschuldung erachte ich als zukunftsfähig. Aus diesen Gründen lehne ich das Vollgeldexperiment ab.

Markus Wenger, Grossrat



Markus Wenger

Ja zum Geldspielgesetz

Das Geldspielgesetz, über das das Schweizervolk am 10. Juni befinden kann, legalisiert die bisher verbotenen Online-Glücksspiele. Aber nur für konzessionierte Schweizer Casinos.

Da ausländische Anbieter nicht kontrolliert werden und oft von Offshore-Standorten aus arbeiten, die bekannt sind für Geldwäscherei, sollen sie nach dem Geldspielgesetz mit Netzsperrn belegt werden. Auch wenn diese Sperren technisch umgangen werden können, halten sie sicher viele Spieler davon ab, auf diesen Internetseiten zu surfen. Die EVP anerkennt, dass das neue Geldspielgesetz den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Rechnung tragen will. Spielbankenspiele sollen online zumindest nur konzessioniert angeboten werden und auch deren Erträge wenigstens auch der AHV/IV und gemeinnüt-

zigen Zwecken zukommen.

Es ist aus Sicht der EVP jedoch nicht nachvollziehbar, dass alle Geldspielgewinne in Zukunft steuerfrei sein sollen. Auch geht das neue Gesetz in Sachen Spielerschutz nach Ansicht der EVP nicht weit genug. Trotz dieser Mängel empfehle ich Ihnen mit den Delegierten der EVP Schweiz, nicht der gesamten Revision eine Absage zu erteilen und ja zu sagen zum neuen Geldspielgesetz.



Marianne Streiff-Feller

Marianne Streiff, Nationalrätin

Neuer Generalsekretär

Roman Rutz wird neuer Generalsekretär der EVP Schweiz. Er löst am 1. Juli 2018 Dominik Währy ab, der eine neue berufliche Herausforderung annehmen will.

Roman Rutz ist HSG-Ökonom und diplomierter Wirtschaftspädagoge. Er arbeitet zuletzt als Regierungskontrollant in der Staatskanzlei des Kantons St. Gallen. Seit 2011 fungiert der 32-jährige als Finanzchef der EVP Schweiz. Seit 2010 politisiert er für die EVP im Stadtparlament von Wil (SG). Zuvor war er drei Jahre lang Sekretär der EVP Kanton St. Gallen, seit 2009 ist er Mitglied des dortigen Vorstands. Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff freut sich über die gelungene Nachfolgelösung: «Roman Rutz bringt nicht

nur fachlich ausgewiesene Kompetenzen mit. Er ist auch politisch erfahren, kennt die EVP von innen und hat unseren laufenden Strategieprozess von Anfang an mitgestaltet.»

Der bisherige Generalsekretär Dominik Währy aus Bern nimmt ab Juli 2018 eine neue berufliche Herausforderung an. Unter seiner Führung stiess das Generalsekretariat den laufenden Prozess der strategischen Neuausrichtung der Partei an. Dieser beinhaltet insbesondere die Reform der Statuten, neue Strukturen und Organe sowie die inhaltlich-thematische Fokussierung der Partei.

EVP CH



Roman Rutz

Vielfältige Themen – engagierte Fraktion

Die reich befrachtete Traktandenliste und das Wahlwochenende mitten in der letzten Session der Legislatur 2014–2018 hatten die Mitglieder der EVP-Fraktion stark gefordert.

Christine Grogg setzte sich bei der Änderung des Volksschulgesetzes erfolgreich dafür ein, dass der Kanton die Gemeinden bei der Ferienbetreuung von Kindern finanziell unterstützen kann. Das Landeskirchengesetz wurde auch dank der umsichtigen Kommissionsarbeit von **Philippe Messerli** zur Zufriedenheit der EVP verabschiedet. Ein Postulat von **Marc Jost** für die Prüfung einer von vielen Freikirchen unterstützten kleinen Anerkennung von Glaubensgemeinschaften wurde leider abgelehnt. **Barbara Streit** setzte sich beim BKW-Beteiligungsgesetz erfolgreich dafür ein, dass die Mehrheit der BKW AG in der Hand des Kantons bleibt. **Martin Aeschlimann** votierte ebenso erfolgreich für ein griff-

ges Energiegesetz, das Bauherren verpflichtet, energieeffizienter und umweltschonender zu bauen. Weil ein vertraulicher Bericht der Geschäftsprüfungskommission an die Medien gelangte, forderte die Kiesbranche Einsicht in diesen. **Ruedi Löffel** warnte vergeblich davor, der Kommission in den Rücken zu fallen; die Mehrheit gab dem Druck nach. **Markus Wenger** hatte beim Polizeigesetz seinen letzten und gewohnt souveränen Auftritt als Präsident der Sicherheitskommission. Das Gesetz wurde von der EVP in der Schlussabstimmung unterstützt. Gar nicht erfreut war die EVP-Fraktion über den Beschluss der Mehrheit, die Gewinnsteuern für gewinnstarke Unternehmen so zu senken, dass nicht finanzierte Steuerausfälle entstehen. **Hans Kipfer** kämpfte beim Steuergesetz vergeblich für den Einbezug der KMUs. **Thomas Leiser** setzte sich im Sinne der EVP erfolgreich ein gegen die unentgeltliche Weitergabe aller Adressen und



Grossratssaal im Berner Rathaus.

Foto: Christine Grogg

Daten von der obligatorischen Gebäudeversicherung an alle Sachversicherungen. Beim Sozialhilfegesetz warnte **Melanie Beutler** eindringlich vor der generellen Kürzung der Sozialhilfe um 8% beim Grundbedarf, von der viele Familien mit Kindern und Jugendlichen betroffen seien. **Tom Gerber** wies darauf hin, dass Sozialhilfe-beziehende meistens sehr gerne arbeiten würden, aber geeignete Stellen fehlten. Traurig musste die EVP-Fraktion

am Ende der Session die Kollegen **Philippe Messerli** und **Thomas Leiser** verabschieden. Weil die Listenverbindung im Seeland und in Mittelland-Nord einen Sitz einbüsste, werden beide in der nächsten Legislatur nicht mehr dabei sein.

Ein herzlicher Dank an alle Fraktionsmitglieder für ihre Arbeit in der letzten Legislatur!

*Christine Schnegg
Fraktionspräsidentin*

IMPRESSUM

Redaktionsadresse:
Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bev@evp-be.ch

Inserate: Jordi AG, Belp, Bruno Jordi,
Tel. 031 818 01 26, bruno.jordi@jordibelp.ch.
Mediendaten: www.evp-be.ch >
Parteizeitung

Geschäftsstelle:
EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Adressänderungen: Bitte schriftlich an EVP
Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via
www.evppv.ch/kontakt/adressaenderung

Jahresabonnement:
Mitglieder: Fr. 5.–;
Freunde/Gönner:
Fr. 3.–
Postkonto
30-20312-1 (EVP)



Druckerei:
W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:
Atelier Passage, Müllerstrasse 3,
2562 Port, www.atelierpassage.ch,
info@atelierpassage.ch
Tel. 032 331 66 55

BERNISCHES SOZIALHILFEGESETZ

EVP unterstützt Volksvorschlag

Ein breites Bündnis aus Verbänden und Parteien hat einen Volksvorschlag lanciert, der in einer Volksabstimmung dem beschlossenen Sozialhilfegesetz gegenübergestellt werden soll. Auch die EVP ist Mitglied des Komitees «Wirksame Sozialhilfe», das mit den vom Grossen Rat beschlossenen Kürzungen in der Sozialhilfe nicht einverstanden ist.

In der Märzsession hat der Grosse Rat die Revision des Sozialhilfegesetzes verabschiedet (s. Artikel oben). Darin sind Kürzungen von 8% im Grundbedarf vorgesehen, bei manchen Personen sogar bis zu 30%. Dabei sind vor allem Kinder und Jugendliche, die einen Drittel der unterstützten Personen in der Sozialhilfe ausmachen, betroffen. Mit dem Volksvorschlag will das Komitee

die Kürzungen streichen und an den SKOS-Richtlinien festhalten, mehr Möglichkeiten für Weiterbildungen schaffen und Ergänzungsleistungen für die über 55-Jährigen ermöglichen. An der



Barbara Streit

engeren Zusammenarbeit mit der Wirtschaft hält der Volksvorschlag fest. «Sowohl als Mitte-Partei als auch vor ihrem christlichen Hintergrund unterstützt die EVP diesen Volksvorschlag», sagte EVP-Grossrätin Barbara Streit-Stettler an der Medienkonferenz des Komitees. Er baue Brücken zur Wirtschaft und verzahne die Sozialhilfe mit anderen Sozialversicherungen. Die EVP trete für eine integrative und inklusive Gesellschaft ein, an der alle Menschen teilnehmen können. Auch die Bundesverfassung messe «die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen».

EVP BE

Jonas Baumann, Thun

Der Thuner EVP-Stadtrat Jonas Baumann-Fuchs ist Fachpsychologe für Psychotherapie FSP, Präsident eines Quartierleistes und Gründer des Verlages Mosaicstones.ch. Im Herbst schliesst er zudem die Ausbildung zum Executive Master of Business Administration in NPO-Management ab. Er ist verheiratet, hat drei Kinder und klare Meinungen, die er beherzt und engagiert einbringt.

Du bist seit zehn Jahren Mitglied im Stadtrat Thun. Welches Geschäft war für dich das emotionalste?

In einer meiner ersten Sitzungen gelang mir unwissend etwas, das nicht mal reglementsconform war. Ich gewann den Stadtrat dafür, die Antwort auf meinen ersten Vorstoss für die Umsetzung einer Langsamverkehrsquerung über die Aare im Gebiet Scherzigen/Schadau zurückzu-

weisen. Die Antworten waren, wie ich nach aufwändigen persönlichen Abklärungen feststellte, derart unwahr, dass ich den Gemeinderat bat, diese doch nochmals zu schreiben. Die Reaktion des Stadtpräsidenten fiel damals sehr emotional aus.



Jonas Baumann-Fuchs

«Jetzt kommt da so ein neuer, junger Stadtrat und schafft, was gar nicht möglich ist.» Leider ist das Geschäft noch heute hängig.

Wie hat sich das Thuner Gewerbe entwickelt?

Sehr unterschiedlich. Dank Innovation und Kreativität gibt es aber immer Firmen, die Arbeitsplätze halten oder ausbauen können. Leider hat es mit Meyer&Burger nicht wunschgemäss funktioniert. Die Wirtschaft muss gefördert werden, sie ist der Motor der Region!

Wo siehst du Handlungsbedarf für die Unternehmen?

Gute Vernetzung, offene Gespräche, respektvolle Begegnungen und Austausch sind wichtig, damit die Unternehmen sich einbringen und entwickeln können. Zudem müssen wir sehr achtsam sein, dass wir es mit der Bürokratie nicht übertreiben, denn

auch wissenschaftlich gesehen ist zu starke Formalisierung erfolgshemmend.

Wie kann die Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt gelingen?

Einfachere Arbeitsplätze entfallen immer mehr, und neu entstehende Arbeitsplätze (z. B. im Bereich Digitalisierung) sind keine 1:1-Ersatzarbeitsplätze. Integration lebt immer von zwei Aspekten: vom Training und Coaching der zu Integrierenden, aber ebenso von der Bereitstellung von Arbeitsplätzen auf dem Arbeitsmarkt.

Hat sich die EVP in den letzten zehn Jahren verändert?

Die EVP ist eine konstante Partnerin geblieben. Vielleicht hat sie sogar etwas an Selbstbewusstsein gewonnen.

Interview: Markus Schmid

ZU BESUCH BEI

Stefan Herrmann, Rüschelen

Stefan Herrmann ist verheiratet, Vater dreier Schulkinder, Möbelschreiner und präsidiert den Gemeinderat der kleinen Gemeinde Rüschelen im Oberaargau.

Wie organisierst du all deine Aufgaben?

Ich arbeite zu 60% als Schreiner bei der MH Design, die mir grosse Flexibilität bei der Arbeitszeiteinteilung bietet. An zwei Tagen bin ich Familienmann und kann in dieser Zeit viele Gemeinetermine wahrnehmen. Und ich habe eine tolle Frau, die mich zu 100% unterstützt!

Wie sehen deine Aufgaben als Gemeindepräsident aus?

In Zusammenarbeit mit der Gemeindeschreiberin organisiere und leite ich Sitzungen, bin Personalverantwortlicher, Vorsteher Öffentliche Sicherheit, befasse mich mit strategischen Aufgaben und vertrete die Gemeinde nach aussen.

Rüschelen ist mit knapp 600 Einwohnern eine kleine Gemeinde. Was sind ihre Besonderheiten?

Wir haben eine rege Vereinskultur und eine hohe Wohn- und Lebensqualität in nächster Nähe zu Langenthal; man kennt und unterstützt sich. Belastend ist die Zunahme der Verordnungen u. a. von Bund und Kanton, die den Handlungsspielraum zunehmend einschränken.



Stefan Herrmann

man aber erklären, wenn man ein Ja erwartet.

Was sind deine Anliegen?

Wir wollen faire Rahmenbedingungen für alle, dafür wurden wir gewählt. Leider will man heute alles detailliert regeln. Wir sollten wieder lernen, mit Fehlern umzugehen und so Menschen befähigen zu entscheiden und Verantwortung zu übernehmen.

Wie ist die Stimmung im Gemeinderat?

Wir haben im Rat und mit der Verwaltung einen sehr guten Umgang. Die Teamarbeit macht Freude.

Wie bringst du deine Werte als Christnachsfolger in die Gemeinde ein?

Diese prägen und bestimmen mein Verhalten. Mir ist es wichtig, authentisch zu sein. Ich bin überzeugt, dass dies Auswirkungen auf meine Begegnungen mit den Mitmenschen hat. Der Glaube an Gott hilft mir, mein Dasein und

meine Aufgaben immer wieder zu relativieren; mich nicht zu wichtig zu nehmen. Der Schöpfer schreibt Geschichte. Aber ich darf Teil dieser Geschichte sein!

Interview: Benedikta Locher



Warum ich mich in der EVP engagiere

Ich verdanke mein Leben Gott, der Urkraft allen Lebens. Dankbar dafür, engagiere ich mich ganz für alles Geschaffene, insbesondere für ein würdiges Zusammenleben in unserer Stadt. Ich vertraue darauf, dass sich im Ringen mit den Parteikollegen eine Form von Kirche ereignet, in deren Mitte Heiliger Geist wirkt. Die EVP fordert von mir nicht, dass ich einer Parteidoktrin folge. Das wäre mir zu eng. Sie setzt vielmehr auf Dialektik und geistliche Konsensprozesse.

Thomas Schweizer
Mitglied GGR Steffisburg

Spar- statt Reformvorlage

Die Frühjahrsession war stark durchzogen mit «Freud und Leid».

Als EVP-Vertretung waren wir betroffen und frustriert über die den Nationalrat dominierende bürgerliche Mehrheit. Erneut setzte sie knallhart und stur ihren Sparkurs durch. Ausgerechnet bei der **Reform der Ergänzungsleistungen (EL)**. Damit wurde das am Anfang des EL-Reformprozesses geäusserte Ziel völlig verfehlt, das bisherige Leistungsniveau zu erhalten. Aus einer Reformvorlage wurde eine reine Sparvorlage.

Der Ständerat ist nun gefordert, die Beschlüsse zu relativieren. Hier hoffe ich auf die kleine Kammer, obschon auch gerade sie mir in dieser Session ebenfalls Anlass zu grossem Unverständnis bot. Und zwar, als sie die Gesetzesvorlage zur **Lohngleichheit** statt zu beraten an die vorbereitende Kommission zurückwies. Es gibt also nochmals eine Extrarunde. Und wer weiss, wie lange es nun dauern wird, bis der nächste kleine Schritt getan werden kann. Doch zum Glück gab es auch Positives: stichwortartig seien folgende zwei Highlights erwähnt:



Nik Gugger (ZH) und Marianne Streiff-Feller (BE) vertreten die EVP im Nationalrat.

Das Velo kommt in die Bundesverfassung. Der **Gegenorschlag zu Veloinitiative** wurde angenommen und die Initiative konnte zurückgezogen werden. Und der Nationalrat beauftragt den Bundesrat mit einer Motion, die sogenannte **Heiratsstrafe**

bei der **AHV** abzuschaffen. Alles Weitere entnehmen Sie bitte unserem Sessionsbericht auf: www.evpev.ch/politik/aus-dem-parlament

Marianne Streiff-Feller
Nationalrätin

*JEVP BEI DER JUGENDALLIANZ

Time2boost

Die Junge EVP (*jevp) war am Anlass Time2boost der Jugendallianz Bern vertreten.

Bei diesem Event ging es um Berufung und Engagement in der Gesellschaft. Zuerst gab es einen Plenumsteil mit Vertretern aus Gemeindefarbeit, Wirtschaft und Politik. Als Politvertreter hatte die *jevp EVP-Grossrat Marc Jost gewinnen können. Er berichtete, wie er zur Politik gekommen war und wie er seinen Glauben dort einbringen kann. Im zweiten Teil waren Stände von Unternehmen, theologischen Ausbildungsstätten, Jungerschaftsschulen und politischen Parteien geöffnet. Die Jugendli-

chen konnten sich über deren Angebote und Engagement informieren. Die *jevp war – neben den Jungfreisinnigen – mit einem Stand vertreten. Dort ergaben sich interessante Gespräche unter den Jungparteimitgliedern und mit den Besuchern des Anlasses. Die *jevp konnte so im Hinblick auf die Grossratswahlen Präsenz zeigen und erfahren, was die jungen Christen bewegt.



Janina Heiniger

Janina Heiniger
Regionalkoordinatorin *jevp Bern

EVP-KURZINFOS

News aus den Sektionen

Filmabend in Biel

Im Filmpodium Biel wurde Anfang Mai der Dokumentarfilm «Willkommen in der Schweiz» gezeigt. Er thematisiert, wie eine reiche Gemeinde sich weigert, Flüchtlinge aufzunehmen. Organisiert wurde der Filmabend von den drei EVP-Sektionen Biel, Nidau und Aegerten-Brügg. Das Thema bot beim Apéro in der Pause reichlich Diskussionsstoff.

Ey-Putzete in Kirchberg

Die EVP Kirchberg sammelte mit freiwilligen Helferinnen und Helfern an einem Samstag im März den Abfall an den Rändern der Eystrasse auf.

Amtsträger/innen im Fokus

Der Vorstand der EVP Brandis lud die EVP-Gemeinderäte und -Kommissionsmitglieder der Gemeinden Lützelflüh, Hasle und Rüegsau als Dank zu einem gemütlichen Abend mit Apéro ein. In der Tiefbaukommission Lützelflüh nimmt Res Beck für die zurückgetretene Therese Spreng Einsitz. Als Leiter des Technischen Unterhalts bei der Wengernalp-

bahn AG bringt er dazu ein grosses Fachwissen mit. In Hasle ist Gemeinderat Raymond Weber seit Anfang Jahr auch Vize-Gemeindepräsident.



Res Beck

Vorrang für Abschreibungen

In der Stadt Bern mahnt die Stadtratsfraktion GFL/EVP nach mehreren positiven Rechnungsergebnissen, auf die Stabilität des Finanzhaushalts zu achten. Die Fraktion lehnt darum ein übermässiges Ausgabenwachstum wie auch Steuersenkungen ab und fordert, künftige Ertragsüberschüsse für Abschreibungen zu verwenden.

Menschen mit Behinderung

In Simone Leuenberger aus Uetligen hat die EVP Kanton Bern eine Kontaktperson für Menschen mit Behinderung, die an einer politischen Beteiligung interessiert sind. Die Kontaktdaten sind zu finden auf: www.evpev-be.ch/menschen/menschen-mit-behinderung

AGENDA

Kadertag EVP Schweiz
26. Mai 2018

Frauentagung EVP Schweiz
2. Juni 2018 in Olten.
Infos/Anmeldung:

www.evpev.ch/Frauentagung

Junisession Grosser Rat
4.–14. Juni 2018

Volkabstimmung
10. Juni 2018

DV EVP Schweiz
23. Juni 2018 in St. Gallen

Ausserordentliche DV EVP Kanton Bern
16. August 2018, 19.30 Uhr,
Nägelligasse 9, Bern

Septembersession Grosser Rat
3.–13. September 2018

DV EVP Schweiz
15. September 2018
in La Neuveville (BE)



Patrick Gsteiger (à gauche) et Tom Gerber entourent la nouvelle présidente Valérie Oppliger.

PEV JURA BERNOIS (PEV-JB)

Valérie Oppliger nouvelle présidente

Pour succéder à Patrick Gsteiger, qui a conduit la section régionale du parti depuis sa création en 2005, les membres du PEV-JB ont nommé unanimement à leur tête Valérie Oppliger, assistante-sociale de 29 ans domiciliée à Tramelan et par ailleurs coordinatrice romande des jeunes PEV.

Les autres membres du comité pour la période 2018–2020 sont: Tom Gerber de Reconvilier (vice-président), Jean-Marc Knuchel de Tavannes (secrétaire), Patrick Gsteiger d'Eschert (caissier) et Werner Liechti de Tramelan (assesseurs).

A noter que le PEV-JB accueillera une assemblée des délégués du PEV Suisse, le 15 septembre 2018 à La Neuveville.

Parti évangélique du Jura bernois (PEV-JB)

EN DIRECT DU GRAND CONSEIL

Thèmes variés – groupe engagé

L'ordre du jour lourdement chargé et le week-end électoral au milieu de la dernière session de la législature 2014–2018 ont fortement sollicité le groupe PEV.

Christine Grogg s'est, sur le thème de la modification de la loi sur l'école obligatoire, engagée avec succès pour que le canton soutienne financièrement les communes pour les animations de vacances destinées aux enfants.

La loi sur les églises a également été adoptée à la satisfaction du PEV grâce au travail considérable de **Philippe Messerli** au sein de la commission. Un postulat de **Marc Jost**, soutenu par de nombreuses églises libres, pour l'examen d'une faible reconnaissance des communautés religieuses a malheureusement été rejeté. **Barbara Streit** s'est engagée avec succès en faveur de la loi sur la participation à BKW pour que le canton reste majoritaire au sein de BKW SA.

Martin Aeschlimann a également plaidé avec succès pour une loi sur l'énergie efficace qui

oblige les maîtres d'ouvrage à construire de manière efficiente énergétiquement et écologiquement.

Dans la mesure où un rapport confidentiel de la commission de gestion a fuité dans les médias, la branche des gravières a demandé le droit de le voir. **Ruedi Löffel** a demandé, en vain, de ne pas trahir la commission. Toutefois, la majorité a cédé à la pression.

Markus Wenger s'engageait de manière souveraine et pour la dernière fois comme président de la commission de sécurité dans les débats concernant la loi sur la police. La loi a été soutenue par le PEV lors de la votation finale.

Le groupe PEV a été très déçu de la décision de la majorité de baisser les impôts sur les bénéfices pour les entreprises aux gains importants créant ainsi un déséquilibre financier. **Hans Kipfer** s'est battu en vain pour l'intégration des PME dans la loi sur les impôts.

Thomas Leiser s'est engagé, au sens du PEV, avec succès contre la divulgation gratuite des adresses et données de l'assu-



Les débats du Grand Conseil se déroulent à l'Hôtel du gouvernement à Berne.

Photo: zvg

rance bâtiment obligatoire à toutes les assurances dommages. En ce qui concerne la loi sur l'aide sociale, **Melanie Beutler** a vivement mis en garde contre la réduction générale de l'aide sociale de 8% pour les besoins de base touchants de nombreuses familles avec enfants et adolescents. **Tom Gerber** a souligné que, souvent, les bénéficiaires de l'aide sociale souhaiteraient travailler, mais que des places adaptées manquent.

À la fin de la session, le groupe du PEV a dû se séparer avec tris-

tesse de ses collègues **Philippe Messerli** et **Thomas Leiser**. En effet, les apparentements de liste dans le Seeland et dans le Mittelland-Nord ont perdu un siège et les deux représentants du PEV ne seront plus présents pour la prochaine législature.

Un grand merci à tous les membres du groupe pour leur travail au cours de cette législature!

*Christine Schnegg
Présidente de groupe*

Oui à la loi, non à l'initiative

Lors de la 99^{ème} assemblée ordinaire des délégués du PEV Suisse à Liestal, les délégués proposent le oui à la loi sur les jeux d'argent et refusent l'initiative Monnaie pleine, jugée trop risquée.

L'initiative populaire «Pour une monnaie à l'abri des crises: émission monétaire uniquement par la Banque nationale!» demande qu'à l'avenir seule la Banque Nationale soit autorisée à émettre des pièces, des billets de banque et surtout de la monnaie scripturale, actuellement créée par les banques commerciales au moyen de l'octroi de crédits.

Non à l'initiative Monnaie pleine

Pour le Parti Evangélique, l'initiative Monnaie pleine est un essai précoce, unique au monde et à l'issue incertaine, car ni la stabilisation du système financier ni la prévention de futures crises ou bulles financières ne sont scientifiquement prouvées. Le PEV partage le souci des initiants face à notre manque de préparation à une nouvelle crise bancaire, tout comme leur désir de stabiliser le système financier de la Suisse.

Cet objectif pourrait cependant être atteint autrement, p.ex. en augmentant la part du capital propre pour les banques d'importance systémique. C'est pour cela que les conseillers nationaux du PEV, avec la minorité de la commission, ont plaidé pour que le Conseil fédéral présente un contre-projet à l'initiative. Les délégués du PEV proposent le non par 49 voix contre 39 et 10 abstentions.

Oui à la loi sur les jeux d'argent

Le Conseil fédéral souhaite actualiser la réglementation appliquée aux jeux d'argent en Suisse de manière cohérente et contemporaine dans une loi unique. Le PEV reconnaît que la nouvelle loi doit prendre en compte les développements sociétaux et technologiques. Les jeux de casino doivent pouvoir être proposés en ligne par des concessionnaires si




Les délégués du PEV Suisse proposent le oui à la nouvelle loi sur les jeux d'argent et le non à l'initiative Monnaie pleine.

les recettes reviennent à l'AVS/AI et à des buts d'utilité publique. Il n'est cependant pas concevable pour le PEV que les gains issus des jeux d'argent soient à l'avenir exempts d'impôt. De plus, du point de vue du PEV, la nouvelle loi ne va pas assez loin en matière de protection des joueurs compulsifs. Des mesures de protection efficaces face aux dangers des jeux d'argent, comme p.ex. une commission indépendante d'experts ou une redevance pour financer des mesures de protection contre l'addiction au jeu, n'ont mal-

heureusement pas obtenu de majorité au sein du Parlement. Malgré ces défauts de la loi, les délégués du PEV Suisse soutiennent la nouvelle loi sur les jeux d'argent par 63 voix contre 25 et 11 abstentions.

PEV CH

Mots d'ordre du 10 juin 2018

	Initiative Monnaie pleine	NON
	Loi sur les jeux d'argent	OUI

Infos: www.pev-be.ch et www.evppev.ch/fr/votations

ÉLECTIONS CANTONALES

Tom Gerber réélu

Le PEV Jura bernois (PEV-JB) se rejouit de la réélection de Tom Gerber au Grand Conseil bernois et de la progression des suffrages.

Le comité du PEV-JB a pris connaissance avec satisfaction de la progression du parti dans le Jura bernois, en termes de suffrages. Grâce à l'apport des voix de la liste «jeunes PEV», il passe ainsi de 3,9% en 2014, à 4,5% en 2018. Avec la réélection de Tom Gerber, le siège occupé au Grand Conseil depuis 2010 a ainsi pu être conservé (voir aussi page 1). Le comité du PEV-JB regrette cependant que, malgré une

légère progression, le parti n'ait pas été en mesure de maintenir son siège occupé depuis 2006 au Conseil du Jura bernois. Pour cette élection, aucun apparemment n'avait malheureusement pu être conclu dans les cercles électoraux de Moutier et de Courtelary. Les dirigeants du PEV-JB remercient les électrices et les électeurs qui ont soutenu les candidates et les candidats évangéliques.



Tom Gerber

PEV-JB

LA LOI BERNOISE SUR L'AIDE SOCIALE

Pour une aide efficace

Une large alliance d'associations et de partis – y compris le PEV – a lancé un projet populaire pour une aide sociale efficace. Le comité «Aide sociale efficace» propose des mesures nettement plus efficaces qui sont aussi profitables aux bénéficiaires de l'aide sociale.

Lors de sa session de mars, le Grand Conseil a adopté le projet de révision de la loi sur l'aide sociale, lequel prévoit des coupes de 8%, voire de 30% pour certaines personnes, sur le forfait pour l'entretien. Le projet populaire constructif demande que le canton propose une offre ciblée de perfectionnement professionnel pour aider les personnes à l'aide sociale, que les chômeurs de plus de 55 reçoivent des prestations complémentaires à l'AVS/AI et que les

prestations d'appoint conformes aux taux de la Conférence suisse des institutions d'action sociale (CSIAS) restent valable dans le canton. Avec ces mesures, il y aurait à long terme moins de gens dépendants de l'aide sociale, ce qui serait tout bénéfique, et pour eux et pour les finances du canton, et laisserait en même temps plus de moyens pour donner aux personnes encore à l'aide sociale un soutien suffisant pour vivre dignement.

PEV BE